

Weltrundschau : Nordvietnam soll erdrückt werden ; Verhandeln, nicht siegen wollen! ; Das "Rätsel" China ; Russisch-französische Annäherung ; Westdeutsche Starrheit ; Lateinamerika und der Imperialismus ; Nachtrag

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **60 (1966)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141164>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nordvietnam soll erdrückt werden Eine Welle des Protestes gegen die neuerliche Steigerung des amerikanischen Kriegseinsatzes in Vietnam geht gegenwärtig über die Welt hin. Sogar treue Schleppenträger Johnsons, wie der britische Ministerpräsident und Sozialistenführer (!) Wilson, aber auch sonst zuverlässige Verbündete, wie die japanischen Konservativen, mißbilligen das Bemühen der Vereinigten Staaten, durch noch schwerere Verwüstungen Nordvietnams, die nun auch die Umgebung der Hauptstadt Hanoi und der Hafenstadt Haiphong erfaßt haben, die Regierung Ho Chi Minh auf die Knie zu zwingen, statt durch *Einstellung* der Luftangriffe die Voraussetzung für einen Verhandlungsfrieden zu schaffen. Die Amerikaner sind sogar entschlossen, ihren militärischen Einsatz in Vietnam – im Norden wie im Süden – noch viel weiter zu erhöhen, wenn Hanoi «nicht nachgibt»; es scheint ihnen nicht viel auszumachen, Vietnam einfach auszuradiieren, wenn das nötig würde, um den Kommunismus auf diesem – wie sie glauben – entscheidenden Kriegsschauplatz ein für allemal zu schlagen. Aber trotz allem Abstandnehmen von der verschärften Kriegführung der Amerikaner scheint es keine Macht auf Erden zu geben, die gewillt oder imstande wäre, dem Gemetzel und Zerstörungswahn in Vietnam ein Ende zu setzen. Das ist der empörende Sachverhalt, vor dem wir immer noch stehen.

Die Washingtoner Kriegführer begründen wie üblich die Ausweitung der Kampfhandlungen mit militärischen Notwendigkeiten. Die nordvietnamische «Einsickerung» in den Süden, so stellen sie fest, habe sich in den letzten Monaten verdoppelt, und die tägliche Versorgung der nordvietnamischen Einheiten im Süden sei sogar um 150 Prozent gestiegen. Es sei also vor allem erforderlich, die Öleinfuhr nach Südvietnam «an der Quelle» zu verstopfen und auch sonst die Versorgungslager, Straßen, Brücken, Hafeneinrichtungen usw. in den dichtbevölkerten Gebieten von Nordvietnam zu zerstören. Es ist aber offenkundig, daß auch innenpolitische Rücksichten bei Präsident Johnsons Entschluß, die Luftangriffe auf Hanoi, Haiphong und Umgebung auszudehnen, eine Rolle gespielt haben. Im Herbst sind Teilerneuerungswahlen zur amerikanischen Bundesversammlung fällig, bei denen die Kriegführung in Vietnam eine Hauptfrage sein wird. Schon jetzt richten die Republikaner heftige Angriffe auf die «demokratische» Regierung, die sie der Lässigkeit und Schwächlichkeit im Kampf gegen den asiatischen Kommunismus beschuldigen, während andererseits die grundsätzliche Gegnerschaft gegen den Vietnamkrieg der Regierung an Schärfe und Umfang ebenfalls zunimmt. Johnson selbst ist überzeugt, daß die Abnahme seiner Volkstümlichkeit vor allem durch seine Zurückhaltung in bezug auf die von den Militärführern verlangte Ausweitung der Luftangriffe zu erklären sei, und sucht nun den Kritikern aus dem Lager der

Draufgänger durch Verschärfung der Kriegführung gegen Nordvietnam den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Das große Ziel, das dabei den Regierenden in Washington vorschwebt, ist natürlich (um mit Präsident Johnson zu sprechen), «die (nordvietnamische) Aggression abzuwehren und zu verhindern, daß Südvietnam zum Opfer der Infiltration, der Subversion und des Terrors werde, die von Nordvietnam (und von China) aus dirigiert werden». Und die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 2987) erläutert: «Der Gedanke wird suggeriert: wenn wir dem Kommunismus in Vietnam zeigen, daß die Rechnung eines Aggressors nicht aufgeht, dann werden wir es ihm ein für allemal gezeigt haben, dann werden wir ein für allemal Ruhe haben.» Man müsse, so fügt das wackere Blatt bei, den «harten Realitätskern» aus den amerikanischen «Ideologien» herausschälen: «die Tatsache, daß dem asiatischen Kommunismus mit *Macht* entgegengetreten werden muß, wenn er eingedämmt bleiben oder eingedämmt werden soll».

Das Weltbild, das Johnson an seiner jüngsten Pressekonferenz entwarf, ist tatsächlich verblüffend einfach: Vietnam wäre gewissermaßen die letzte Lektion, die die Vereinigten Staaten dem Kommunismus noch zu erteilen haben. Denn in der übrigen Welt mache die Sache der Freiheit ständig große Fortschritte. In Lateinamerika steige die Wachstumsrate über alle Erwartungen; in der Dominikanischen Republik habe dank dem rechtzeitigen Eingreifen der Vereinigten Staaten die Demokratie gesiegt, und wenn auch in Argentinien Schwierigkeiten aufgetreten seien, so stehe es dafür in Europa und Afrika wie in Asien (außer Vietnam) besser als je. Wie sehr man sich in Washington besonders über die Zerschlagung des Kommunismus in Indonesien (mit etwa 120 000 ermordeten «Roten») freut, braucht nicht noch extra betont zu werden.

Um so ärgerlicher ist es für die amerikanischen Freiheitsschwärmer, daß ein so eng mit Asien verbundener Diplomat wie der Burmese U Thant, der Generalsekretär der UNO, beharrlich der Behauptung vom Angriff der Kommunisten auf Südvietnam entgegentritt. Dem Vietnamkrieg, so sagte er am 6. Juli in Genf vor den Vertretern der Presse, liege nichts anderes als der Kampf um die nationale Unabhängigkeit zugrunde. Er selbst komme aus einem Land, in dem ein Unabhängigkeitskampf bereits stattgefunden habe, und wisse, daß Menschen aller politischen Richtungen an einem solchen Kampf teilzunehmen pflegten, bei dem natürlich immer die Gefahr eines Hervortretens extremer Gruppen bestehe.* Der Ursprung und das eigentliche Wesen des Vietnamkrieges haben in der Tat mit kommunistischen Eroberungs- und Herrschaftsabsichten gar nichts zu tun. Er entstand aus dem Willen der lebendigsten Kräfte des südvietnamischen Volkes, nationale Unabhängigkeit und wirtschaftliche Freiheit zu gewinnen. Die geld- und machtgierige Oberschicht Südvietnams widersetzte sich diesem

* Acht Tage später hat U Thant in Washington den Vietnamkrieg als den barbarischsten Krieg aller Zeiten bezeichnet und erneut die Einstellung der Luftangriffe auf Nordvietnam und *aller* Kriegshandlungen in Südvietnam gefordert.

Willen, und die Vereinigten Staaten, die sie um Hilfe anging, unterstützten sie sofort in ihrem Bestreben, den Aufstand niederzuwerfen. Ehe noch eine einzige Kompanie nordvietnamischer Soldaten in Südvietnam auftauchte, standen schon Tausende Amerikaner «Militärberater» im Land. Und wenn auch nach Angaben des Washingtoner Verteidigungsministeriums im Jahr 1965 11 000 Mann nordvietnamischer Truppen den Kampf des Vietcong unterstützten, so standen ihnen damals bereits 200 000 Amerikaner nebst einer halben Million Regierungstruppen gegenüber. Wahrlich, ein merkwürdiger Angriffskrieg der Kommunisten!

Worum es den Vereinigten Staaten in Wirklichkeit geht, in Vietnam wie anderswo, das ist, die notwendigen radikalen Reformen in den Besitzverhältnissen und im Regierungssystem unterentwickelter Gebiete zu verhindern und die «zurückgebliebenen» Länder im Bund mit den einheimischen Herrenklassen für die kapitalistisch-koloniale Ausbeutung freizuhalten. Was sie von Nordvietnam verlangen, ist also nicht die Einstellung eines Angriffskrieges gegen ein Nachbarland und seinen überseeischen Schirmherrn, sondern den Verzicht auf Hilfe an ein Brudervolk, das seine staatliche und soziale Selbstbestimmung ebenso zu gewinnen entschlossen ist, wie die Nordhälfte von Vietnam sie gewonnen hat – im Kampf gegen die *französische* Kolonialherrschaft. Wenn in diesem südvietnamischen Unabhängigkeitskampf auch kommunistische Einflüsse wirksam geworden sind, so haben sich die Amerikaner das selber zuzuschreiben, ähnlich wie in Kuba, das von den Vereinigten Staaten mit aller Gewalt zur Anlehnung an kommunistische Länder gezwungen wurde und heute mehr oder weniger sicher im kommunistischen Weltlager steht. Aber aus der Hilfeleistung des kommunistischen Nordvietnam an die südvietnamischen Volksgenossen nun einen kommunistischen Angriffskrieg zu machen und im Namen der Selbstbestimmung des südvietnamischen Volkes zu verlangen, daß Nordvietnam den Vietcong im Stiche lasse und Südvietnam dem Diktaturregiment der reaktionären Generale und ihrer amerikanischen Helfer ausliefere – das ist schon eine Gipfelleistung bössartiger Lügenpropaganda, auf die hereingefallen zu sein den geistigen Tiefstand der «freien Welt» kennzeichnet wie kaum etwas anderes!*

Verhandeln, nicht siegen wollen! Daß in den Vereinigten Staaten selbst die Wahrheit über den Vietnamkrieg mehr und mehr durchdringt, ist keine Frage. Der englische Journalist und Schriftsteller James Cameron beispielsweise berichtet im «New Statesman» (17. Juni), er sei ganz überrascht davon, daß – im Widerspruch zu früheren Erfahrungen, die er mit der öffentlichen Meinung Amerikas gemacht habe – sein gegenüber den USA höchst kritisches Er-

* Der westdeutsche Bundespräsident Lübke zum Beispiel telegraphierte am amerikanischen Nationalfeiertag seinem Kollegen Johnson: «Möge der Kampf, den gegenwärtig Ihr Land als Vortrupp der Freiheit gegen die Kräfte der Unterdrückung in Südostasien führt, von Erfolg gekrönt sein.»

lebnisbuch über Vietnam von Presse, Radio und Publikum der Vereinigten Staaten keineswegs feindselig, sondern eher freundlich, auf jeden Fall sachlich-neugierig aufgenommen worden sei. «Es schien mir, daß sich die Stimmung im Land radikaler gewandelt habe, als ich für möglich gehalten hätte. Gescheite Amerikaner allüberall meinten, viele ihrer Grundanschauungen über Vietnam seien so ernstlich erschüttert worden, daß sich eine Neuüberprüfung der ganzen Lage aufdränge.» Der Gesinnungswandel, schreibt Cameron, zeige sich in vielerlei Formen: in einer offenkundigen Neueinstellung der Presse, in unbehaglich bohrenden Leitartikeln, die noch kürzlich die Außenpolitik der Regierung blindlings unterstützt hätten; in den fast gewohnheitsmäßig erscheinenden teuren Protestinseraten mit den Unterschriften hervorragender Persönlichkeiten; in bitteren Bemerkungen über Johnson und offen spöttischen Karikaturen des Weißen Hauses, und was dergleichen Erscheinungen mehr seien. Der britische Beobachter fügt freilich selber hinzu, daß von irgendeinem Einfluß dieser Widerstandsbewegung auf die Regierung nichts zu merken sei – und darin hat er sicher recht. Sicher ist aber dennoch, daß die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten in einer Art und Weise gespalten ist wie noch nie in einer Frage, die von der Regierung als lebenswichtig und für die Weltstellung Amerikas entscheidend erklärt wurde. Ungewiß ist nur, ob die an Johnsons Vietnampolitik geübte Kritik mehr aus dem Lager derjenigen stammt, die diese Politik verhängnisvoll, brutal und abenteuerlich finden, oder aus dem Lager der «Harten», die sie im Gegenteil als noch viel zu zahm und weich erklären. Den unvolkstümlichen Krieg wollen beide Gruppen möglichst schnell beendet wissen, und der Streit geht «nur» darum, ob dieses Ende durch einen mit neuer, höchster Kraftanstrengung zu erringenden militärischen Sieg herbeigeführt werden könne oder durch einen *Verhandlungsfrieden*, solange die Vereinigten Staaten noch einigermaßen Herr ihrer Entscheidungen seien und nicht etwa in Verwicklungen mit anderen Großmächten hineingerissen seien.

Wie schon gesagt, legt Präsident Johnson die wachsende Unruhe und Unzufriedenheit im amerikanischen Volk so aus, daß hinter ihr das Verlangen stehe, dem Vietnamkrieg durch einen noch viel rücksichtsloseren Einsatz der Machtmittel der Vereinigten Staaten ein rasches Ende zu machen. Dies, obschon die neuen Luftangriffe auf Nordvietnam bisher den Mannschafts- und Materialnachschub in den Süden nicht verlangsamt haben und auch sonst die Zerstörung eines Teils der Treibstoffvorräte auf die Klein- und Dschungelkriegführung des Vietcong nicht die gleich hemmende Wirkung ausübt, die sie auf eine vollmotorisierte moderne Armee ausüben würde. Auch psychologisch ist ja das Verhalten der Amerikaner so plump wie möglich. Statt Nordvietnam und den Vietcong einzuschüchtern und zur Übergabe zu zwingen, reizen sie sie nur immer mehr zum Widerstand und vermehren ihren Haß gegen die fremden Eroberer. Aber das merken anscheinend der USA-Präsident und seine Berater nicht. Sie erklären einmal übers andere, wie unerbittlich entschlossen sie seien, die kommunistischen «Aggressoren» endlich einmal gründlich zu bestrafen – gleich als ob

sie die Weltgendarmen und Weltrichter in *einem* wären und von Gott den Auftrag bekommen hätten, den Kommunismus (oder was sie dafür ausgeben) auf Erden auszurotten.

Gleichzeitig sucht Johnson seinem Volke klarzumachen, daß nur völlige nationale Geschlossenheit die Hoffnung des Gegners zunichte machen werde, mit Hilfe der «Schwächlinge» und «Kompromißler» in den USA selber die amerikanischen Streitkräfte in Vietnam zum schmachvollen Rückzug zwingen zu können. Und wie die Dinge stehen, hat das Weiße Haus auch alle Aussicht, mit dem neuen Propagandafeldzug, den Johnson eingeleitet hat, die Kritiker seiner Außenpolitik zum Schweigen zu bringen und, wie fast immer in Notzeiten, die bedrohte nationale Einheitsfront gegen den Weltfeind Kommunismus wiederherzustellen. Ob damit der «Endsieg» in Vietnam gesichert werden kann, ist freilich eine andere Frage. Der Krieg wird auch nach den zuversichtlichsten Voraussagen der Militärführer noch mindestens ein Jahr dauern – und was bis dahin alles geschehen kann, weiß kein Mensch. Die immer länger werdenden Verlustlisten und die wachsenden finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die der Krieg für die Vereinigten Staaten mit sich bringt, werden ihre Wirkung allmählich doch tun. In «Newsweek» (11. Juli) rechnet E. J. Hughes aus, daß mit dem Geld, das der Vietnamkrieg jedes Jahr die Vereinigten Staaten kostet (rund 86 Milliarden Schweizer Franken), die Renten der Sozialversicherung für 20 Millionen Amerikaner verdoppelt werden könnten. Man könnte damit auch die Besoldung jedes Lehrers an öffentlichen Schulen um 10 Prozent erhöhen oder die amerikanische Wirtschaftshilfe an 38 Länder jeden Monat verdoppeln, auch für sieben Jahre die Ausbildung von 70 000 Naturwissenschaftlern bezahlen, und was ähnlicher Leistungen mehr sind.

Aber auch wenn Nordvietnam wirklich zusammenbräche und der Vietcong auf den Schlachtfeldern eindeutig besiegt würde, wäre damit für die Lösung des Vietnamproblems nichts Entscheidendes gewonnen. Weder würde damit die innerliche Kraft der südvietnamischen Widerstandsbewegung gebrochen noch gar die Ausstrahlung Chinas auf Südostasien aufgehoben sein. In Südvietnam könnte nur ein rohes, von Amerika gestütztes Diktaturregiment vorübergehend die Ruhe gewährleisten, und die natürliche Verbundenheit der Länder Südostasiens mit China würde von selbst dafür sorgen, daß sich die gründliche soziale Umgestaltung, die sie brauchen, früher oder später doch durchsetzen würde. Die Vereinigten Staaten könnten auf weitere Sicht nur gewinnen, wenn sie *jetzt*, wo sie militärisch wie politisch noch eine gewisse Handlungsfreiheit haben, ihren Rückzug aus Vietnam (wie aus Laos und Thailand) vorbereiteten unter Bedingungen, die sie wirklich ertragen könnten, statt ihn später unter Umständen bewerkstelligen zu müssen, die – um das mindeste zu sagen – ihr internationales Ansehen und ihre Weltgeltung schmerzlich vermindern würden.

Aber *auch für Nordvietnam und den Vietcong* ist es hohe Zeit, ernstlich an einen Verhandlungsfrieden zu denken. Nicht an einen solchen frei-

lich, wie ihn die Amerikaner meinen, wenn sie von «bedingungslosen» Verhandlungen reden, zu denen Nordvietnam durch die Luftangriffe reif gemacht werden müsse. Ihre Vorstellung, daß sie den Krieg fortsetzen könnten, bis die Kommunisten unter dem Druck des militärischen und wirtschaftlichen Übergewichts der USA bereit seien, auf jegliche Hilfe an Südvietnam zu verzichten, und sie selber dann zusammen mit den gerade in Saigon diktierenden Generalen über die Zukunft Südvietnams bestimmen könnten – diese Vorstellung müssen sie fallen lassen. Sie ist wirklichkeitsfremd. Ebenso wirklichkeitsfremd ist aber die Vorstellung, daß der Vietcong und Nordvietnam den Krieg fortsetzen könnten, bis die Amerikaner zum bedingungslosen Rückzug aus Vietnam bereit seien. Die Vereinigten Staaten sind nötigenfalls stark genug, um sich noch jahrelang mindestens in befestigten Stellungen längs der Küste und in Saigon zu halten, auch wenn es ihnen nicht gelingen sollte, den Rest Südvietnams zu erobern. Und inzwischen würden auf jeden Fall noch ungezählte Opfer an Gut und Blut vom Volke Vietnams gefordert werden – sinnlos, unnötig, unverantwortlich. Nordvietnam und der Vietcong haben alles Recht, den Abzug der Amerikaner aus Vietnam zu fordern. Aber sie haben kein Recht, den *sofortigen und bedingungslosen* Abzug der Amerikaner zu fordern, die dazu nach Lage der Dinge nun einfach nicht gezwungen werden können, und auf unabsehbare Zeit dem Volk von Vietnam die unermeßlichen Opfer zuzumuten, die während des Nachjagens nach einem unerreichbaren Sofortziel gebracht werden müßten. Sie müßten die Amerikaner wissen lassen, daß sie zu Verhandlungen über die stufenweise durchzuführende Räumung Südvietnams von allen nicht dem Lande selbst entstammenden Streitkräften und über die wirkliche Selbstregierung des südvietnamischen Volkes bereit seien unter der Voraussetzung, daß die Luftangriffe der Amerikaner auf Nordvietnam vorher eingestellt würden. Wenn diese Voraussetzung erfüllt würde, wäre nachfolgenden Verhandlungen jeder Schein von Kapitulationsbereitschaft Nordvietnams und des Vietcong genommen, und die Vereinigten Staaten kämen nicht darum herum, an einer Friedenskonferenz, die am besten im Rahmen der UNO stattfinden könnte, Sicherheit dafür zu geben, daß es ihnen wirklich um die Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts von Südvietnam gehe.

Wie man aber auch die Bedingungen formulieren will, unter denen Nordvietnam und der Vietcong auf Verhandlungen eintreten könnten und müßten: *das* muß ihnen gerade von all denjenigen, die ihre gerechte Sache verteidigen, unumwunden gesagt werden, daß auch der längste und opfervollste bewaffnete Widerstand gegen den amerikanischen Imperialismus die Vereinigten Staaten nicht zum bedingungslosen Rückzug aus Vietnam zwingen kann, und daß sie einen Weg suchen müssen, um diesen Rückzug unter Bedingungen zu erlangen, denen das amerikanische Volk zustimmen kann, ohne das Gefühl einer unerträglichen Demütigung zu haben. Ich bedaure es daher sehr, daß der Weltfriedensrat, der im Juni in Genf tagte, es mit Rücksicht auf die Regierungen von Nordvietnam und China nicht wagte, den heldenmütigen Vietnamkämpfern die Wahrheit zu sagen, viel-

mehr in allen seinen Kundgebungen zur Vietnamfrage immer nur von ihrer vermehrten Unterstützung «bis zum Endsieg» redete. Um so mehr muß man hoffen, daß ihnen von anderer Seite und auf diplomatischem Wege, aber ungeschminkt, die Lage dargestellt werde, in der sie sich tatsächlich befinden. Vielleicht ist es schon zu spät dazu geworden. Und vielleicht ist es erst recht zu spät, von den Vereinigten Staaten die Einstellung ihrer Luftangriffe auf Nordvietnam im Blick auf einen auch für ihr Selbstgefühl erträglichen Kriegsabbruch zu verlangen, obschon sie bei ihren fast unbegrenzten Machtmitteln Verhandlungen unzweifelhaft «aus einer Position der Stärke» führen könnten, ohne von einem halbwegs vernünftigen Urteil der Mit- und Nachwelt unverantwortlicher Schwächlichkeit geziehen zu werden. Aber eben – seit wann hat so etwas wie Vernunft über die Völkergeschicke entschieden? Hätte es jemals Kriege gegeben, wenn sich die Menschen von ihrer Vernunft – die ihrerseits freilich von der *ewigen* Wahrheit beherrscht sein muß – hätten leiten und beherrschen lassen?

Das «Rätsel» China Hinter Nordvietnam und seinem Durchhaltewillen steht ohne jeden Zweifel auch das neue *China*. Nicht so zwar, wie es die amerikanisch-westmächtige Propaganda darstellt, aber doch in dem Sinn, daß Peking beinahe fanatisch jegliches Einlenken auf Friedensverhandlungen mit den Vereinigten Staaten, zu dem Hanoi vielleicht Neigung hätte, ablehnt und als Verrat an der Sache der unterentwickelten Völker brandmarkt. Die materielle Unterstützung, die China der Regierung von Nordvietnam gewährt, gibt dieser «moralischen» Warnung natürlich besonderen Nachdruck. Man braucht nur gehört und gesehen zu haben, wie die Chinesen (im Verein mit den Albanern) schon letztes Jahr am Weltfriedenskongreß von Helsinki und heuer wieder in Genf mit ungezügelter Leidenschaft die Russen und alle anderen Vertreter von Friedensorganisationen des Zusammenspiels mit dem amerikanischen Imperialismus bezichtigt haben, um einen Begriff von den Hindernissen zu bekommen, die einem nordvietnamischen Verzicht auf eine Fortsetzung des Krieges bis zur – tatsächlich unmöglichen – Zerschmetterung der amerikanischen Streitkräfte entgegenstehen.

Zu dem Druck, den die Chinesen auf Nordvietnam und den Vietcong ausüben, haben sie allerdings kein Recht. Es ist schließlich nicht *ihre* Haut, die sie in Vietnam zu Markte tragen, sondern die ihrer Freunde und Verbündeten. Aber auch sie selber hätten keinen Gewinn, wenn es über Vietnam zu einem chinesisch-amerikanischen Krieg käme, auch wenn dann die Sowjetunion gezwungen wäre, Partei für China zu ergreifen. Ihre außenpolitische Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten ist denn auch seit Jahr und Tag durch äußerste Vorsicht und Selbstbeherrschung gekennzeichnet, läge doch China mit seinen unvorstellbar dicht bevölkerten Großstädten, mit seinen Verkehrseinrichtungen und Verteidigungsanlagen – eingeschlossen der Standort seiner Atomwaffenwerke – den amerikanischen Luftangriffen gegenüber so gut wie schutzlos und verteidigungsunfähig da.

Trotzdem ist die Sprache, die Chinas Staatsmänner, Parteiführer und Presse gegenüber den Vereinigten Staaten führen, derart aufreizend und kriegerisch, daß man meinen könnte, es mache ihnen gar nichts aus, wenn die Amerikaner auch noch den *chinesischen* Kommunismus mit ein paar atomaren Gewaltschlägen zu erledigen suchten, wozu ja ein namhafter Teil der draufgängerischen Militär- und Parteiführer der USA schon lange nicht wenig Lust hat. Man lese etwa (in «Peking Information» vom 23. Mai) die Erklärung, die anlässlich des Besuches höchstgestellter albanischer Kommunisten in China von den beidseitigen Spitzenfunktionären veröffentlicht wurde. Es wimmelt darin in typisch chinesischem Propagandastil von schärfsten Anklagen gegen die Führerschaft der sowjetischen Kommunistenpartei, die «derart entartet (sei), daß sie den Marxismus-Leninismus verleugnet habe und zum Mitschuldigen des amerikanischen Imperialismus geworden» sei. «Wir Marxisten-Leninisten der ganzen Welt müssen unsere Anstrengungen verdoppeln, den Kampf gegen den modernen Revisionismus, mit der Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion als Kerntruppe, auf Grund der bereits errungenen Siege fortsetzen und bis zum Endsieg weiterführen.» Auch in den sozialistischen Ländern, so heißt es in der Erklärung, bestehe die Gefahr einer Wiederherstellung des Kapitalismus fort, und es sei darum unerläßlich, den Klassenkampf, den Kampf zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Weg, mit allen Kräften weiterzuführen. Der moderne Revisionismus habe sich zum Feind der Völker der ganzen Welt gemacht und sich aus der internationalen Einheitsfront gegen den amerikanischen Imperialismus ausgeschlossen. Nur wenn er besiegt sei, könne auch der amerikanische Imperialismus besiegt werden.

So geht es in ermüdender Eintönigkeit seitenlang in dem Schriftstück weiter, das am Schluß verspricht: «Die revolutionären Völker der Welt und die große internationale kommunistische Bewegung werden schließlich alle Hindernisse wegfegen und sich auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus noch enger zusammenschließen. Die Zukunft der Sache der Weltrevolution ist unendlich glanzvoll. Der Imperialismus, der moderne Revisionismus und die Reaktion werden zuletzt zugrunde gehen. Der Sozialismus und der Kommunismus werden schließlich in der ganzen Welt triumphieren.»

Trotz all solchen Fanfarenstößen glaube ich nach wie vor nicht, daß es die chinesische Regierung auf einen kriegerischen Zusammenstoß mit den Vereinigten Staaten ankommen lassen will. Aber ich glaube, sie befürchtet ein Nachlassen des revolutionären Schwunges, der ihre Volksmassen beseelt (oder doch beseelen sollte), wenn sie nicht in ständiger innerer Spannung gehalten wird und ihnen nicht amerikanischer Imperialismus und scheinsozialistischer Revisionismus als Verbündete und als geschworene Feinde des ungeheuren chinesischen Aufbauwerkes ständig vor Augen geführt würden. Die Aufgabe, die sich das neue China gesetzt hat, ist tatsächlich fast übermenschlich groß und schwer und verlangt höchste Anspannung aller Kräfte. Daß aber handgreifliche Übertreibungen, ja bö-

willige Entstellung der Tatsachen nötig seien, um dieses Kräfteaufgebot zu sichern, ist um so weniger glaubhaft, als die Geister, die damit gerufen werden, eben unversehens auch einmal in einer Richtung tätig werden könnten, die den Regierenden gar nicht genehm wäre, so daß sie zu außenpolitischen Abenteuern gedrängt würden, die gerade der Sache der sozialistischen Revolution verhängnisvoll werden müßten. In der Sowjetunion ist man jedenfalls im Blick auf solche Möglichkeiten mehr und mehr besorgt. Man fürchtet, daß die fortwährende Steigerung der amerikanischen Kriegsanstrengungen in Verbindung mit chinesischen Unklugheiten tatsächlich früher oder später die Vereinigten Staaten und China in offener Feindschaft gegeneinander stellen könnten. Das würde dann die Sowjetunion zwingen, sich zwischen zwei gleichermaßen unerwünschten Schritten zu entscheiden: entweder sich neutral zu erklären und damit jeden Einfluß auf die Welt der unterentwickelten Völker und die kommunistischen Bewegungen aller Länder zu verlieren, oder aber gemäß dem russisch-chinesischen Beistandspakt an die Seite Peking zu treten und in einen Atomkrieg mit den Vereinigten Staaten hineingerissen zu werden. Wobei allerdings nach Moskauer Ansicht die Entscheidung davon abhängt, wie der chinesisch-amerikanische Zusammenstoß entstanden wäre und wer als Angreifer bezeichnet werden müßte.

Aus Sorge um die Geschlossenheit der revolutionären Kampffront im Innern ist wohl auch die *«Säuberungsaktion»* zu erklären, die in den letzten Wochen und Monaten im Schoße der Kommunistischen Partei Chinas durchgeführt wurde. Ihre Hauptopfer waren bisher der Bürgermeister von Peking, Peng Tschen, zugleich Erster Sekretär der Kommunistischen Partei der Hauptstadt und überhaupt einer der obersten Würdenträger des Regimes, sodann eine Reihe von Redaktoren der Pekinger Presse, ferner führende Angehörige des Lehrkörpers der Pekinger Universität und neuerdings auch der Kulturminister und Leiter des Propagandaapparates der KP, Lu Ting-yi. Eine unübersehbare Anzahl von dritt- und viertrangigen Funktionären in der Hauptstadt wie in den Provinzen folgte diesen Mitgliedern der ersten Garnitur in die Verbannung nach. Als Grund für ihre Beseitigung wird offiziell (vgl. *«Peking Information»* vom 13. Juni) angegeben, sie hätten eine *«partei- und sozialismusfeindliche»* Haltung eingenommen, seien *«nicht Marxisten-Leninisten, sondern Revisionisten gewesen»*, hätten *«die Wiederherstellung des Kapitalismus»* betrieben und *«sich zu Werkzeugen der Diktatur des Bürgertums über das Proletariat gemacht»*.

Die Anklagen sind – wenn man nicht eine vollkommene Durchsetzung der höchsten Parteiränge mit ausgepichteten Gegenrevolutionären annehmen will – ebenso unglaubwürdig wie die Bezeichnungen, die gegen den *«Klüngel der Moskauer Revisionisten und Verräter»* erhoben werden. Die Wahrscheinlichkeit spricht vielmehr dafür, daß die gestürzten Parteigrößen höchstens Kritik an gewissen Dogmen der gegenwärtigen Partei- und Staatsführer geübt haben, nicht zuletzt wohl an der starren und harten Linie der chinesischen Außenpolitik, und daß einige von ihnen eine Wiedernäherung an die Sowjetunion gesucht haben, deren wirtschaftliche und

notfalls auch militärische Hilfe für China so unentbehrlich ist. Dazu kommt, daß offenbar im Zentralkomitee der KP für den nicht mehr fernen Zeitpunkt eines Ausscheidens von Mao Tse-tung aus dem öffentlichen Leben ein gewisser Zerfall der «revolutionären Einheit» des chinesischen Volkes befürchtet wird, so daß sich die Befürworter der «harten Linie» entschlossen haben mögen, im Zug einer sogenannten Kulturrevolution die gefährlichsten ihrer Nebenbuhler im Kampf um Maos Nachfolge rechtzeitig zu entfernen und die geistige Geschlossenheit der Partei und die Gleichschaltung des Gesamtvolkes mit der Politik der Spitzenführer zu sichern.*

Genaueres über Hintergründe und Hergang der Säuberung wird man vor derhand kaum erfahren; aber man wird wohl nicht fehlgreifen, wenn man auch hier das Ganze als groß aufgezogenes, für die Galerie bestimmtes Schauspiel auffaßt, das der Stärkung des Gehorsams- und Durchhaltewillens der Bevölkerung beim Aufbau des neuen China dient. Daß mit den dabei angewandten Mitteln, die zuletzt auf eine Abgewöhnung allen eigenen Denkens im chinesischen Volk hinausläuft und dazu führen, daß jede noch so wohlgemeinte und aus sozialistischem Bewußtsein kommende Kritik an der offiziellen Parteilinie als Staatsverbrechen und Verrat am Sozialismus gebrandmarkt wird – daß mit solchen Mitteln der guten Sache Chinas und seiner Revolution schlecht gedient ist, erscheint für uns ganz selbstverständlich. Muß aber auch in China der Widersinn einer Zwangsbekehrung und Zwangstreue zum Sozialismus auf die Spitze getrieben werden, damit – wie in der Sowjetunion nach den freilich viel ärgeren Entartungserscheinungen der letzten Stalinzeit – eine Wendung zum Besseren kommen kann?

Russisch-französische Annäherung In Europa hat sich mittlerweile während der Berichtszeit nicht viel Weltbewegendes zugetragen. Immerhin: während die unverbesserlichen Vertreter einer «Politik der Stärke» ihre Flickarbeit an der NATO mühsam fortsetzen, hat der Zertrümmerer dieses Werkzeugs der Zurückwerfung des Ostblocks, Präsident *de Gaulle*, seinen großen *Staatsbesuch in Rußland und Sibirien* hinter sich gebracht, von dem man fast sagen kann, er bedeute den Anfang vom Ende des Kalten Krieges. De Gaulle ist allerdings eine widersprüchliche Persönlichkeit. Wenn sein eines Gesicht in romantisch-reaktionärer Träumerei einer nie wieder lebendig zu machenden Vergangenheit zugekehrt ist, so ist das andere Gesicht dieses neuen Janus in klarer Erfassung bestimmter europäischer Grundwirklichkeiten entschieden auf die Zukunft, vielleicht eine schon recht nahe Zukunft, hin gerichtet. Dabei ist er ein überaus kühl über-

* «Wer immer», so schrieb «Renmin Ribao» am 4. Juni, «sich dem Präsidenten Mao entgegensetzt, wer immer sich dem Denken Mao Tse-tungs entgegensetzt, wer immer sich dem Zentralkomitee der Partei widersetzt, wer immer sich der Diktatur des Proletariats widersetzt, wer immer sich dem sozialistischen System widersetzt, wird von der gesamten Partei gebrandmarkt und vom ganzen Land verurteilt werden, welches auch die Höhe seiner Stellung und die Dauer seiner Dienste sein mag. Nur vollkommene Degradierung und Schande erwarten ihn.»

legender Politiker, der bei aller Fähigkeit, kräftig zuzuschlagen, wo es ihn notwendig dünkt, auch geduldig warten kann und nichts überstürzt, wo ihm die Dinge noch nicht reif scheinen. So hat sich auch die Erwartung der einen und die Befürchtung der anderen, er werde in Moskau irgendeine große dramatische Gebärde tun, nicht erfüllt. Was an greifbaren Ergebnissen bei seinen Gesprächen mit den sowjetischen Staatsführern herausgekommen ist, ist recht wenig: der förmliche Abschluß von Verträgen über die wirtschaftliche, technische und wissenschaftlich-kulturelle Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Rußland, die schon längst sorgsam vorbereitet worden waren, und dazu eine neue eindeutige Stellungnahme der obersten Vertreter beider Länder gegen Amerikas Vietnamkrieg. Alles andere, was in der Schlußerklärung von Moskau steht und was man sonst aus dem Munde de Gaulles vernahm, ist merkwürdig unbestimmt und nichtverpflichtend, wenn nicht geradezu zweideutig.

General de Gaulle hat in Moskau vor allem die Rolle der Vereinigten Staaten auch bei der Gestaltung der Zukunft Europas anerkannt. So sehr er überzeugt ist, daß die Europäer ihre Geschäfte im Grunde selber besorgen müßten, sowenig will er Amerika einfach dabei ausgeschaltet wissen. Die Form allerdings, die das neue, dem französischen Präsidenten vorschwebende Europa annehmen soll, hat sicher die Zustimmung der sowjetischen Staatsmänner auch diesmal nicht gefunden. Andererseits hat er es aber auch abgelehnt, sich der Linie anzuschließen, die die Russen gegenüber *Deutschland* verfolgen. Er hat zwar nichts von dem zurückgenommen, was er früher über die Notwendigkeit gesagt hat, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen, die westdeutsche Republik von der Mitverfügung über Atomwaffen auszuschließen und normale diplomatische Beziehungen zwischen Westdeutschland und den östlichen Volksrepubliken herzustellen. Aber er hat diese früheren Erklärungen auch nicht bestätigt und sogar recht abfällige, verächtliche Bemerkungen über Ostdeutschland fallen lassen, das überhaupt kein Staat sei und darum auch nicht völkerrechtlich anerkannt zu werden brauche. Das hat in der Bundesrepublik natürlich helle Begeisterung und die kühnsten Hoffnungen erweckt – ohne daß man sich dort aber Rechenschaft über die Unmöglichkeit einer Fortsetzung der bisherigen Bonner Osteuropapolitik gab, die doch gerade auf die Umstoßung der gegenwärtigen Macht- und Grenzverhältnisse abzielt und schon darum eine hochgerüstete westdeutsche Wehrmacht, eingeschlossen die Mitverfügung über Kernwaffen, braucht. Ebenso klar ist, daß von einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten keine Rede sein kann, solange nicht Sicherheit dafür geschaffen ist, daß ein neues Gesamtdeutschland seine Militär- und Wirtschaftsmacht nicht für einen dritten kriegerischen Vorstoß gegen Osten einsetzen kann.

Diese Zusammenhänge mißachtete de Gaulle ganz geflissentlich; offenbar braucht er die Westdeutschen in seinem verwickelten politischen Spiel doch recht notwendig, so daß er gerade in Moskau die Gelegenheit benützte, ihnen zum Munde zu reden und – durch einen Eilbrief Erhards rechtzeitig

gewarnt – auf jeden Fall alles zu vermeiden bemüht war, was die Bonner Politiker aufs neue hätte reizen und verärgern können. Das eine darf man wohl ohne Schönfärberei trotz allem festhalten: Herrn de Gaulles Besuch in der Sowjetunion hat Frankreich und Rußland einander nähergebracht und damit auch zwischen West- und Osteuropa als Ganzem ein besseres Verhältnis angebahnt. De Gaulle hat wahrscheinlich von der Sowjetunion einen günstigeren Eindruck erhalten, als ihn die westliche Propaganda auch bei ihm erzeugt hatte. Und in der Sowjetunion, wo er überall mit der größten Herzlichkeit aufgenommen wurde, urteilt man jetzt bestimmt anders über ihn, als es die Redaktoren der großen sowjetischen Enzyklopädie taten, als sie ihn in der Ausgabe von 1952 so kennzeichnen ließen: «De Gaulle, Charles (geboren 1890), reaktionäre französische politische Gestalt, General, Haupt der Faschistischen Partei (RFP). Monarchist und Klerikaler... Als Hitlerdeutschland 1939 den Krieg entfesselte, hätte de Gaulle wie alle englisch-französischen Imperialisten lieber die Sowjetunion bekämpft als Deutschland.» Die Ausgabe von 1963 ist nur leicht im Ton geändert. Sie unterstreicht de Gaulles persönliches Regiment und seine Förderung der kapitalistischen Monopole und schließt: «Die Ein-Mann-Herrschaft de Gaulles hat die demokratischen Rechte des französischen Volkes scharf beschnitten und die Gefahr des Faschismus erhöht. In der Außenpolitik unterstützt er den aggressiven Kurs der NATO.»

Man wird es in Moskau wohl für zweckmäßig erachten, in der nächsten Ausgabe der Enzyklopädie etwelche Retuschen am Bilde des «aggressiven Faschisten» de Gaulle anzubringen...

Westdeutsche Starrheit Mit seiner berechneten Zurückhaltung gegenüber den Zielen und Methoden der westdeutschen Ostpolitik, wie er sie in Moskau geübt hat, glaubte de Gaulle gewiß, psychologisch sehr klug gehandelt zu haben. In Wirklichkeit war sie nur ein neuer Fehlgriff in der Behandlung der westdeutschen Geisteskrankheit. Sie stärkte erst recht wieder die *Selbstgerechtigkeit und Anmaßung der Bonner Politiker* und der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit überhaupt. Man hörte sofort wieder das alte Lied von der Unnachgiebigkeit der Sowjets, die keinerlei Zugeständnisse für die Lösung der deutschen Frage machen wollten und deren Absichten nach wie vor wachstes Mißtrauen verdienten. Höchstens daß jetzt halbamtlich – durch den Sprecher der Bundesregierung, Herrn von Hase – erklärt wird, Bonn habe grundsätzlich nichts gegen eine west-östliche Sicherheitskonferenz einzuwenden, wie sie von den verschiedensten Seiten immer lauter gefordert wird. Wie ehrlich diese Erklärung gemeint ist, macht aber sogar ein Bonner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (Bericht vom 11. Juli) klar, wenn er bemerkt, die Bundesregierung spicke ihr Zugeständnis bereits wieder «mit einer Reihe von Forderungen und Vorbehalten, die ihr im Ernstfall auch einen Rückzugsweg offenhalten würden». Die gleiche Unehrlichkeit also, wie sie beispielsweise auch in der Frage der deutschen

Ostgrenzen von Bonn geübt wird, wo man mehr oder weniger verschnörkelt das Begehren nach Wiederherstellung der Grenzen von 1937 fallen läßt, gleichzeitig aber die Vertriebenenverbände mit ihrer wilden «Heimatrechts»-Propaganda widerspruchslos gewähren läßt, ja hätschelt und belobt!

Tatsache ist jedenfalls, daß in der westdeutschen Bevölkerung noch immer keinerlei tiefergreifende Abkehr von der *aggressiven Rußlandfeindschaft* der Hitlerzeit – um nicht weiter zurückzugehen – stattgefunden hat. Mit Recht sagt Herbert Mochalski in einem Aufsatz zur Erinnerung an den deutschen Überfall auf die Sowjetunion vor fünfundzwanzig Jahren («Stimme», Nr. 12/1966): «Nach wenigen Jahren der Erkenntnis, was wir zunächst in freiwilliger und dann erzwungener Gefolgschaft Hitlers den Staaten Europas angetan haben, tun wir seit Gründung der Bundesrepublik so, als ob die Sowjetunion uns mit Krieg überzogen hätte, bei uns eingefallen wäre, Deutschland geteilt und seiner Ostprovinzen beraubt hätte. Jede dieser Vorstellungen und Behauptungen widerspricht der geschichtlichen Wahrheit. Nicht die Rote Armee hat uns, sondern unsere Armeen haben die Sowjetunion überfallen. Die Teilung Deutschlands in zwei Staaten hat 1948 mit dem Befehl des amerikanischen Generals Clay an die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder begonnen, einen separaten westdeutschen Staat zu gründen. Die deutschen Ostprovinzen wurden entscheidend mit auf Betreiben Churchills zu Polen geschlagen. Eine gesamtdeutsche Verwaltungseinheit für die vier Besatzungszonen Deutschlands kam durch den wiederholten Einspruch Frankreichs nicht zustande, eben nicht durch den Einspruch der Sowjetunion.»

Der Verfasser meint dann, der 25. Jahrestag des 22. Juni 1941 sollte den Westdeutschen Anlaß geben, ihre Haltung gegenüber der Sowjetunion neu zu überdenken und zu ändern. «Dazu gehört, daß wir endlich davon ablassen, die durch die Fakten widerlegte Parole Hitlers von der drohenden bolschewistischen Gefahr aus dem Osten zu wiederholen, mit der heute wieder unsere Aufrüstung – wie zu Hitlers Zeiten – begründet wird.» Es ist vorderhand ein frommer Wunsch, der hier ausgesprochen wird. Man wird in der westdeutschen Republik die Lüge von der tödlichen Gefahr, in der der Westen angesichts des kommunistisch-osteuropäischen Eroberungswillens schwebt, sowenig abschwören wie bei uns in der Schweiz, wo die jeder vernünftigen Überlegung hohnsprechende militärische Aufrüstung immer sinn- und maßloser fortgesetzt wird.

Daran würde sich im Grund auch nichts ändern, wenn in Westdeutschland auch auf Bundesebene die *Sozialdemokraten* mitregieren könnten, die jetzt durch ihren überraschenden Wahlerfolg in Nordrhein-Westfalen den Weg zur längst ersehnten «Großen Koalition» mit der Christlich-Demokratischen Union wenn nicht freigemacht, so doch wesentlich verkürzt sehen. Wie borniert die Partei der Brandt, Wehner und Erler an ihrem alten Antikommunismus festhält, zeigte sich ja neuerdings wieder an der gehässig-hochmütigen Art und Weise, wie sie den ostdeutschen Vorschlag für einen Redneraustausch zwischen ihr und der kommunistischen Regie-

rungspartei in der Deutschen Demokratischen Republik aufgenommen hat und verwirklichen wollte. Die Gründe, die die ostdeutsche Seite für den Abbruch der Verhandlungen über einen «Wortwechsel» in Hannover und Karl-Marx-Stadt vorgebracht hat, sind zwar alles andere als überzeugend; wahrscheinlich hatte man einfach Angst vor der sozialdemokratischen Demagogie, die die ganze Auseinandersetzung auf einen Vergleich zwischen den Lebensbedingungen und der Meinungs- und Bewegungsfreiheit in der Bundesrepublik und den entsprechenden Verhältnissen in der DDR beschränken zu können dachte; denn da hätte die DDR natürlich schlecht abgeschnitten, während die eigentlichen, tieferen Fragen, die die Spaltung Deutschlands aufwirft, zu kurz gekommen wären. Aber daß von *dieser* Sozialdemokratie irgendwie eine Erneuerung Westdeutschlands und damit auch eine Abkehr von der bisherigen Außenpolitik der Bonner Republik ausgehen könnte – diese Hoffnung muß man endgültig begraben, wenn man sie je gehegt haben sollte. Der Anstoß zu dem immer dringender nötigen Umschwung in der ganzen Geistesverfassung und politisch-sozialen Haltung Westdeutschland wird höchstwahrscheinlich überhaupt nicht von innen her kommen, sondern allein von einer Erschütterung des ganzen Bestandes der europäischen Ordnungen und Verhältnisse, wie sie heute herrschen. Wenn diese Erschütterungen dann nur nicht allzu verheerend und erdrückend sein werden!

Lateinamerika und der Imperialismus Ein Blick auf Lateinamerika möge für diesmal unsere Rundschau über die Weltereignisse abschließen. Die Vereinigten Staaten können von Glück sagen, daß sie auf der westlichen Erdhalbkugel, die sie in besonderem Maße als ihr ausschließliches Jagd- und Herrschaftsgebiet betrachten, keine größeren Schwierigkeiten haben, während sie in Südostasien, das durch das größte Weltmeer von ihnen getrennt ist, mit Einsatz aller Kräfte um die Behauptung ihrer angemessenen imperialen Machtstellung kämpfen. Mit dem Verlust Kubas werden sie sich wohl endgültig abfinden müssen. Brasilien bleibt ein riesiger Vulkan, dessen gewaltsam niedergehaltene Feuerkräfte aber jederzeit wieder aus dem Untergrund hervorbrechen können. Auch Bolivien ist trotz dem vorläufigen Sieg der USA-treuen konservativen Herrenklasse alles andere als «befriedet». Um so sicherer fühlen sich die USA in der *Dominikanischen Republik*. Die künstliche Erregung dumpfer Angst vor dem «Kommunismus» – in Gestalt einer Regierung des bürgerlich-liberalen Professors Juan Bosch – hat ja dem Vertrauensmann der Vereinigten Staaten, Joaquin Balaguer, bei der jüngsten Präsidentenwahl den Sieg gebracht. Die nord- und interamerikanischen «Ordnungstruppen», die Washington nach Santo Domingo beordert hatte, um der angeblich brennenden Gefahr einer kommunistischen Revolution vorzubeugen, konnten darum vollends alle zurückgezogen werden, ohne daß für absehbare Zeit ein neuer militärischer Eingriff zu besorgen wäre. Allein der Parteienkampf, aus dem Balaguer als Sieger her-

vorging, war eben so ziemlich das größte Zerrbild eines wirklich demokratischen Wahlganges.

Ein Mitarbeiter des «New Statesman» (vom 1. Juli) beschreibt auf Grund von Erhebungen an Ort und Stelle unter Angabe von Namen und Zeiten die Einschüchterungsmittel, die die Anhänger Balaguers schamlos einsetzten, um die Wähler und Wählerinnen von der Stimmabgabe für Bosch abzuschrecken. In einem Dorf drang ein Leutnant namens Vega in das Wahllokal ein, richtete sein Maschinengewehr auf die wartenden Männer und Frauen und rief: «Hoch die Demokratie!» «Armee, Polizei und in Spanien geborene Ortspriester hatten den Bauern während des Wahlkampfes gesagt, es gehe wesentlich um die Frage ‚Kommunismus‘ (verkörpert durch Bosch) oder ‚Demokratie‘ (Balaguer). ‚Glaubt ihr an Gott?‘, fragte man die ungebildete und tief religiöse Bauernschaft. ‚Dann stimmt für Balaguer.‘» An einem anderen Ort wurde eine Frau, Mutter von sechs Kindern, niedergeschossen, weil sie «Hoch Bosch!» gerufen hatte. Die Schuldigen wurden nie bestraft. Und so fort. Bosch selber durfte nicht wagen, sein Haus für die Führung des Wahlkampfes zu verlassen, war er doch mehr als einmal Zielscheibe eines Angriffs auf sein Leben gewesen, während mehr als 200 seiner Anhänger seit dem vergangenen September getötet worden waren. Auch wenn die Stimmzählung selbst im großen ganzen anscheinend anständig vorgenommen worden sei (so meint der Berichterstatter), so bleibe doch der Verdacht bestehen, daß Fälschungen vorgekommen seien, so daß es einiger Weisheit und Mäßigung Balaguers und der aus der Trujillo-Zeit gebliebenen Generale bedürfe, um nicht neuen Haß zwischen den Parteien aufkommen zu lassen. Balaguer selber war übrigens der letzte Puppenpräsident des ermordeten Diktators Trujillo...

In *Argentinien* hat Ende Juni wieder einmal ein Militärputsch die gesetzmäßige Regierung gestürzt. Präsident Illia, der immerhin fast drei Jahre im Amt bleiben durfte, war den Auftraggebern der «Revolutionäre» mit seinen Zugeständnissen an die fortschrittlichen Kräfte viel zu unzuverlässig geworden; seither ist eine Offiziersgruppe unter der Führung General Onganía, des früheren Oberbefehlshabers der Armee, am Ruder. Für wie lang?

Denn daß Argentinien's Dauerschwierigkeiten jeweilen, wenn die Not am größten, mit Militärgewalt gelöst werden könnten, wäre eine ebenso lächerliche wie primitive Vorstellung. Das Übel sitzt viel tiefer. Es liegt – etwas vereinfachend gesprochen – vor allem im wirtschaftlichen Ungleichgewicht dieses mit so großen natürlichen Reichtümern gesegneten Landes. Ein Krebschaden ist namentlich der Großgrundbesitz. Allein in der Provinz Buenos Aires besitzen 4 Prozent Grundeigentümer 32 Prozent der Gesamtbodenfläche. Im ganzen Land sind fünf Sechstel des nutzbaren Bodens in der Hand von Großgrundbesitzern. Die Besitzer von mehr als 1.000 Hektaren haben 75 Prozent des Bodens inne. Es gibt aber eine Liste von 50 Familien, die im Durchschnitt je 60.000 Hektaren Land besitzen;

ja, man nennt eine Familie mit 200 000 und eine andere sogar mit 500 000 Hektaren Grundeigentum. Oft sind es ausländische Kapitalgesellschaften, die Argentiniens Boden und den zugehörigen Viehbestand besitzen. Auf der anderen Seite führen die Kleinbesitzer und noch mehr die besitzlosen Landarbeiter ein schwieriges Leben; durch Abwanderung in die Städte und Industriegebiete vermindert sich ihre Zahl allerdings fortwährend.

Der argentinischen Industrie fehlt es so an einer kaufkräftigen einheimischen Bevölkerung; sie arbeitet überwiegend für die Ausfuhr. Ihre Schwierigkeit liegt dabei nicht nur in der Abhängigkeit von den Weltmarktpreisen, die von den Abnehmern argentinischer Erzeugnisse nach Kräften gedrückt werden, sondern auch in den hohen Rohstoffpreisen, die diese der argentinischen Industrie diktieren – eine oft geradezu katastrophale Lage, unter der fast alle einseitig oder schlecht entwickelten Länder leiden. Daß aus dieser ganzen Lage der argentinischen Wirtschaft die Vereinigten Staaten größte Gewinne ziehen, liegt auf der Hand. Die Brechung dieser *halbkolonialen Abhängigkeit von Nordamerika* gehört darum zu den ersten Notwendigkeiten einer gesunden argentinischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, abgesehen von einer gründlichen Bodenreform, die das Land in die Hände derjenigen bringen müßte, die es bearbeiten. Und ähnliche Probleme stellen sich auch in einer Reihe anderer lateinamerikanischer Staaten, deren Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit nicht zu einem menschenwürdigen Leben aufsteigen kann, solange die einheimischen Oberklassen im Bund mit dem nordamerikanischen Kapitalismus stehen und sich ihre stets putschbereiten Generale mieten können, um jede Auflehnung des Volkes mit Militärgewalt niederzuschlagen.

Es ist eben so, wie Professor Albert Rasker in einem Vortrag vor einer Kommission der Christlichen Friedenskonferenz (9. März 1966) sagte: Die Vereinigten Staaten, die ihre Entstehung dem Kampf gegen ausländische koloniale Ausbeutung verdanken, stehen jetzt als «die gewaltigsten und gewalttätigsten aller Neukolonialisten» da. Das gilt für Lateinamerika; es gilt aber ähnlich für Afrika und Asien, wo die USA im Namen der Freiheit jede ernsthafte Bewegung zugunsten durchgreifender wirtschaftlicher und sozialer Reformen zu ersticken suchen. Was kann eine ihres Glaubensbekenntnisses würdige Christenheit zur Überwindung dieses immer unerträglicher werdenden Zustandes tun? Rasker fordert von ihr bessere Selbsterkenntnis, Kritik an unserer ewigen Selbstrechtfertigung, aber auch Bescheidenheit gegenüber denjenigen Bewegungen in den unterentwickelten Ländern, die vom Kommunismus Hilfe und Aufstieg erwarten. Wir sollten uns, so mahnt er, vorhalten, «daß das, was sie begehren, eine Gestalt – wenn schon eine haeretische (ketzerische), dann um so mehr eine uns anklagende Gestalt – des Evangeliums, der Gerechtigkeit, Treue und Wahrheit des Reiches Gottes ist, aus welcher wir leben dürfen, aber allzuwenig zu leben gewagt haben... Die christliche Kirche... hat keinen Anlaß, christlich zu moralisieren und andere zu rügen – aber sie darf aufrufen

zu einer ‚Revolution der Denkungsart‘, zu einer politischen Bekehrung, welche aller Welt not tut. Das allein ist wahrhaftig christliche Politik einer dienenden Gemeinde.»

15. Juli

Hugo Kramer

Nachtrag Der *Vietnamkrieg* spitzt sich weiter zu. Die Amerikaner scheinen von allen guten Geistern verlassen. Mit ihren traurigen Rekordleistungen in der Zerstörung Nordvietnams aus der Luft *zwingen* sie geradezu die Regierung von Hanoi zum verbissenen, völlig unnachgiebigen Durchhalten. Wollen sie das? Sagt ihnen niemand, auf den sie hören müssen, daß nur ein *Verzicht* auf den Luftkrieg Nordvietnam bereitmachen kann, auf Verhandlungen einzutreten, die nicht einer Kapitulation gleichkämen? Und überlegen sie sich auch nicht, wie ihr Negervolk antworten würde, wenn aus Schuld der Regierung Johnson ein dritter Weltkrieg vor der Tür stünde?

Mittlerweile gerät auch die *englische* Regierung immer tiefer in eine bedrohliche Lage. Ihre Solidarität mit dem amerikanischen Vietnamkrieg (immerhin abgesehen von dessen letzter Steigerung) hat ihr gar nichts genützt. Die britische Währung ist in schwerer und akuter Gefahr, aber Wilson, dieser zynische Opportunist, hat bei allen anständigen Mitgliedern der Labourpartei alles Vertrauen verloren und besitzt nicht mehr die moralische Kraft und Vollmacht, um den Gesamtumbau der britischen Wirtschaft durchzuführen, der mit jedem Tag dringender notwendig wird. Die Opfer, die solch ein Unterfangen erheischt, würden aber vom Volk nur gebracht werden, wenn die Regierung in der Hand von Männern und Frauen läge, die sittliche Autorität besitzen.

25. Juli

H. K.

Giftgas, immer noch eine Gefahr!

Panik in Sydney

Mehr als fünfzig Personen mußten letzten Freitag hospitalisiert werden, nachdem ein Lastwagen, der tödliches Chlorgas und Chlorwasserstoff transportierte, in einen elektrischen Mast fuhr und umstürzte. Als erstickende gelbe Rauchschwaden sich aus den geborstenen Fässern ausbreiteten, wurde einer der größten Notfallalarme in Friedenszeiten in Gang gesetzt. Vier Stunden lang hingen die Gaswolken in der Luft. Während die Polizei Heulsirenen benützte, um die Leute zum Verlassen der Wohnungen aufzufordern, mußten viele Feuerwehrleute, Polizeibeamte und Ambulanzfahrer, die von den Gasen angegriffen wurden, in die Spitäler eingeliefert werden. Das Gas, das infolge des Autounfalles entweichen konnte, war ähnlich den Gasen, die als Kampfmittel im Ersten Weltkrieg gebraucht wurden.

The Australian News, 28. Juli 1966